

Meinungen zum Thema E-Participation

Umfrage im Rahmen des Wissenschaftsjahres 2014 – Die digitale Gesellschaft

Datenbasis:	1.010 Befragte
Erhebungszeitraum:	16. bis 20. Mai 2014
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte

1. Interesse an und Meinungen zur Mitbestimmung über das Internet

Die Hälfte der Befragten (50 %) hätte grundsätzlich gerne die Möglichkeit, sich über das Internet an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Im Jahr 2013 hatten nur 44 Prozent der Befragten Interesse an dieser Option bekundet.

Dass sie gerne die Möglichkeit zur E-Participation hätten, sagen Männer häufiger als Frauen und jüngere Befragte unter 60 Jahren häufiger als ältere Befragte ab 60 Jahren.

Arbeiter und formal geringer Gebildete interessieren sich vergleichsweise selten für die Beteiligung an politischen Entscheidungen über das Internet.

▪ Interesse an E-Participation

		Es hätten grundsätzlich gerne die Möglichkeit, sich über das Internet an politischen Entscheidungen zu beteiligen
		_____ %
insgesamt:	2013 *)	44
	2014	50
Männer		57
Frauen		42
18- bis 29-Jährige		58
30- bis 44-Jährige		61
45- bis 59-Jährige		54
60 Jahre und älter		33
Arbeiter		40
Angestellte		60
Beamte		69
Selbständige		71
Hauptschule		24
mittlerer Abschluss		46
Abitur, Studium		62
Anhänger der:	CDU/CSU	42
	SPD	48
	Grünen	62
	Linke	61
	AfD	68
	FDP	69
Internetnutzer		57

*) Befragung im Auftrag von Bitkom

Etwa ein Viertel der Befragten (24 %) hat sich schon einmal an sogenannten E-Petitionen auf Bundes- oder Landesebene beteiligt.

Einige Befragte haben auch über das Internet bei der Stadt- oder Gemeindeverwaltung Anregungen oder Beschwerden zu öffentlichen Leistungen angebracht (z. B. fehlende Kita-Plätze, schlechte Nahverkehrsanbindung) (17 %), sich über das Internet an politischen Diskussionen oder Abstimmungen beteiligt, die überregionale Themen auf Bundesebene betreffen (14 %), oder Ärgernisse im öffentlichen Straßenbild benannt (z. B. Schlaglöcher, defekte Straßenbeleuchtung, wilde Müllkippen) (14 %).

Nur sehr wenige Befragte sagen, dass sie schon einmal mit einem Politiker über das Internet bzw. soziale Netzwerke in Kontakt getreten sind (8 %), in sogenannten „Bürgerhaushalten“ Vorschläge zur Verwendung von Steuereinnahmen auf lokaler Ebene gemacht haben (5 %) oder dass sie sich an EU-Konsultationen im Internet beteiligt haben (4 %).

Ostdeutsche haben häufiger als Westdeutsche bereits online Ärgernisse im öffentlichen Straßenbild benannt. Westdeutsche haben sich hingegen häufiger als Ostdeutsche über das Internet an Diskussionen oder Abstimmungen über überregionale Themen beteiligt und sind häufiger mit Politikern in Kontakt getreten.

▪ Einflussnahme auf politische Entscheidungen über das Internet I

Es haben schon einmal über das Internet...	insgesamt: *)		Ost	West	Männer	Frauen
	2013 **)	2014				
	%	%	%	%	%	%
... sich an sogenannten E-Petitionen oder Online-Petitionen auf Bundes- oder Landesebene beteiligt.	24	24	26	24	31	17
... bei der Stadt- oder Gemeindeverwaltung Anregungen oder Beschwerden zu öffentlichen Leistungen angebracht.	15	17	18	17	20	15
... sich an politischen Diskussionen oder Abstimmungen beteiligt, die überregionale Themen auf Bundesebene betreffen.	-	14	9	15	20	8
... Ärgernisse im öffentlichen Straßenbild benannt.	13	14	20	13	18	10
... oder über soziale Netzwerke Kontakt mit einem Politiker aufgenommen.	-	8	4	9	12	4
... in sogenannten „Bürgerhaushalten“ Vorschläge zur Verwendung von Steuereinnahmen auf lokaler Ebene gemacht.	6	5	4	5	5	5
... sich an EU-Konsultationen beteiligt.	5	4	1	4	4	3
... keine dieser Möglichkeiten genutzt.	55	50	47	51	43	58

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

**) Befragung im Auftrag von Bitkom

Befragte im Alter von 30 bis 44 Jahren haben sich über das Internet schon häufiger als die anderen Altersgruppen an Online-Petitionen beteiligt, haben Anregungen oder Beschwerden zu öffentlichen Leistungen angebracht und Ärgernisse im öffentlichen Straßenbild benannt.

Ältere Befragte ab 60 Jahren hingegen nutzen alle genannten Wege der E-Participation vergleichsweise selten. Fast zwei Drittel von ihnen haben noch keine der abgefragten Möglichkeiten wahrgenommen, um Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen.

▪ Einflussnahme auf politische Entscheidungen über das Internet II

Es haben schon einmal über das Internet...	insge-*) samt	18- bis 29- Jährige	30- bis 44- Jährige	45- bis 60- Jährige	60 Jahre und älter	Internet- nutzer
	%	%	%	%	%	%
... sich an sogenannten E-Petitionen oder Online-Petitionen auf Bundes- oder Landesebene beteiligt.	24	31	37	26	9	29
... bei der Stadt- oder Gemeindeverwaltung Anregungen oder Beschwerden zu öffentlichen Leistungen angebracht.	17	10	25	21	12	20
... sich an politischen Diskussionen oder Abstimmungen beteiligt, die überregionale Themen auf Bundesebene betreffen.	14	19	17	15	8	16
... Ärgernisse im öffentlichen Straßenbild benannt.	14	12	19	15	10	16
... oder über soziale Netzwerke Kontakt mit einem Politiker aufgenommen.	8	8	11	9	4	9
... in sogenannten „Bürgerhaushalten“ Vorschläge zur Verwendung von Steuereinnahmen auf lokaler Ebene gemacht.	5	1	7	7	4	6
... sich an EU-Konsultationen beteiligt.	4	7	5	4	1	4
... keine dieser Möglichkeiten genutzt.	50	44	41	48	63	45

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Beamte geben häufiger als die anderen Berufsgruppen an, die abgefragten Möglichkeiten der Einflussnahme auf politische Entscheidungen über das Internet schon einmal wahrgenommen zu haben. Arbeiter hingegen nutzen die genannten Möglichkeiten vergleichsweise selten – fast zwei Drittel von ihnen haben bisher keine der genannten Formen von E-Participation genutzt.

Befragte mit einem formal hohen Bildungsabschluss nutzen die verschiedenen Möglichkeiten, über das Internet Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen, häufiger als Befragte mit einem formal niedrigen oder mittleren Bildungsabschluss.

▪ Einflussnahme auf politische Entscheidungen über das Internet III

Es haben schon einmal über das Internet...	insge-*)		Arbei-	Ange-	Beamte	Selb-	Haupt-	mittlerer	Abitur,
	samt	ter	stellte			ständige	schule	Abschluss	Studium
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
... sich an sogenannten E-Petitionen oder Online-Petitionen auf Bundes- oder Landesebene beteiligt.	24	5	32	50	42	8	18	35	
... bei der Stadt- oder Gemeindeverwaltung Anregungen oder Beschwerden zu öffentlichen Leistungen angebracht.	17	13	21	29	26	12	16	21	
... sich an politischen Diskussionen oder Abstimmungen beteiligt, die überregionale Themen auf Bundesebene betreffen.	14	8	16	38	25	6	8	22	
... Ärgernisse im öffentlichen Straßenbild benannt.	14	5	20	20	14	10	14	15	
... oder über soziale Netzwerke Kontakt mit einem Politiker aufgenommen.	8	0	9	23	20	2	6	12	
... in sogenannten „Bürgerhaushalten“ Vorschläge zur Verwendung von Steuereinnahmen auf lokaler Ebene gemacht.	5	1	7	11	4	2	6	6	
... sich an EU-Konsultationen beteiligt.	4	0	4	3	9	0	3	5	
... keine dieser Möglichkeiten genutzt.	50	65	43	19	36	62	61	39	

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Insbesondere die Anhänger der Grünen, der Linkspartei und der FDP haben bereits eine oder mehrere der Möglichkeiten zur politischen Beteiligung im Internet genutzt.

▪ Einflussnahme auf politische Entscheidungen über das Internet IV

Es haben schon einmal über das Internet...	insge-*) samt %	Anhänger der:					
		CDU/CSU %	SPD %	Grünen %	Linke %	AfD %	FDP %
... sich an sogenannten E-Petitionen oder Online-Petitionen auf Bundes- oder Landesebene beteiligt.	24	15	19	49	45	40	35
... bei der Stadt- oder Gemeindeverwaltung Anregungen oder Beschwerden zu öffentlichen Leistungen angebracht.	17	16	13	29	27	22	42
... sich an politischen Diskussionen oder Abstimmungen beteiligt, die überregionale Themen auf Bundesebene betreffen.	14	11	11	18	31	13	26
... Ärgernisse im öffentlichen Straßenbild benannt.	14	13	10	23	15	20	22
... oder über soziale Netzwerke Kontakt mit einem Politiker aufgenommen.	8	6	4	14	8	9	21
... in sogenannten „Bürgerhaushalten“ Vorschläge zur Verwendung von Steuereinnahmen auf lokaler Ebene gemacht.	5	5	6	6	6	3	6
... sich an EU-Konsultationen beteiligt.	4	1	2	6	4	8	0
... keine dieser Möglichkeiten genutzt.	50	55	57	26	28	41	32

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

44 Prozent der Befragten meinen, dass es das Politikvertrauen der Bürger sehr stärken würde, wenn sie die Möglichkeit hätten, sich bei Großprojekten und -vorhaben in ihrer Region nicht nur bei Bürgerversammlungen, sondern auch im Internet an der Entscheidungsfindung zu beteiligen. Dass dies das Vertrauen etwas verbessern würde, meinen 35 Prozent. 17 Prozent sagen, dass dies das Vertrauen zur Politik gar nicht stärken würde.

37 Prozent der Bürger meine, dass es das Vertrauen zur Politik sehr stärken würde, wenn Politiker im Internet Informationen dazu bereitstellenwürden, wie sie zu bestimmten Entscheidungen gekommen sind und wie politische Entscheidungsprozesse ablaufen. 37 Prozent meinen, dass dies das Vertrauen zur Politik etwas stärken würde. Dass diese Maßnahme das Politikvertrauen gar nicht verbessern würde, meinen 17 Prozent.

Wenn Politiker im Internet Kontakt mit den Bürgern aufnehmen und Fragen z. B. in einem Live-Talk oder in einem Chat beantworten würden, würde dies nach Meinung von 24 % der Befragten das Vertrauen zur Politik sehr stärken. 45 Prozent sagen, dies würde das Vertrauen zur Politik etwas stärken. Dass dies das Vertrauen gar nicht stärken würde, sagen 27 Prozent.

▪ Meinungen zu vertrauensstärkenden Maßnahmen I

Es würde das Vertrauen zur Politik stärken, wenn...	sehr %	etwas %	gar nicht *) %
... die Bürger die Möglichkeit hätten, sich bei Großprojekten und -vorhaben in ihrer Region nicht nur bei Bürgerversammlungen, sondern auch im Internet an der Entscheidungsfindung zu beteiligen.	44	35	17
... Politiker im Internet Informationen bereitstellen, wie sie zu bestimmten Entscheidungen gekommen sind und wie politische Entscheidungsprozesse ablaufen.	37	37	22
... Politiker im Internet Kontakt mit den Bürgern aufnehmen und Fragen beantworten, z. B. in einem Live-Talk oder in einem Chat.	24	45	27

*)an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Wenn die Bürger die Möglichkeit hätten, sich bei Großprojekten und -vorhaben in ihrer Region nicht nur bei Bürgerversammlungen, sondern auch im Internet an der Entscheidungsfindung zu beteiligen, würde dies nach Meinung von 79 Prozent der Befragten das Politikvertrauen sehr oder etwas stärken. 74 Prozent der Bürger meinen, dass es das Vertrauen zur Politik zumindest etwas stärken würde, wenn Politiker im Internet Informationen dazu bereitstellen, wie sie zu bestimmten Entscheidungen gekommen sind und wie politische Entscheidungsprozesse ablaufen. Dass es das Vertrauen sehr oder etwas stärken würde, wenn Politiker im Internet Kontakt mit den Bürgern aufnehmen und Fragen beantworten, z. B. in einem Live-Talk oder in einem Chat, meinen 69 Prozent der Befragten.

Ältere Befragte ab 60 Jahren meinen seltener als jüngere Befragte unter 60 Jahren, dass die genannten Maßnahmen das Politikvertrauen verbessern würden.

▪ Meinungen zu vertrauensstärkenden Maßnahmen II

Es würde das Vertrauen zur Politik (sehr oder etwas) stärken, wenn...	insge-*) samt %	18- bis 29- Jährige %	30- bis 44- Jährige %	45- bis 59- Jährige %	60 Jahre und älter %
... die Bürger die Möglichkeit hätten, sich bei Großprojekten und -vorhaben in ihrer Region nicht nur bei Bürgerversammlungen, sondern auch im Internet an der Entscheidungsfindung zu beteiligen.	79	89	85	81	67
... Politiker im Internet Informationen bereitstellen, wie sie zu bestimmten Entscheidungen gekommen sind und wie politische Entscheidungsprozesse ablaufen.	74	81	85	75	61
... Politiker im Internet Kontakt mit den Bürgern aufnehmen und Fragen beantworten, z. B. in einem Live-Talk oder in einem Chat.	69	86	79	68	53

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auch in dieser Frage zeigen sich deutliche Unterschiede in Abhängigkeit vom formalen Bildungsgrad der Befragten.

▪ Meinungen zu vertrauensstärkenden Maßnahmen II

Es würde das Vertrauen zur Politik (sehr oder etwas) stärken, wenn...	insge-*) samt %	Haupt- schule %	mittlerer Abschluss %	Abitur, Studium %	Internetnutzer %
... die Bürger die Möglichkeit hätten, sich bei Großprojekten und -vorhaben in ihrer Region nicht nur bei Bürgerversammlungen, sondern auch im Internet an der Entscheidungsfindung zu beteiligen.	79	67	83	80	85
... Politiker im Internet Informationen bereitstellen, wie sie zu bestimmten Entscheidungen gekommen sind und wie politische Entscheidungsprozesse ablaufen.	74	59	71	82	80
... Politiker im Internet Kontakt mit den Bürgern aufnehmen und Fragen beantworten, z. B. in einem Live-Talk oder in einem Chat.	69	55	73	70	74

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die Forderung, dass in Diskussionsforen im Internet nur noch Teilnehmer zugelassen werden, wenn sie ihren vollen Namen angeben und nicht anonym auftreten, finden 57 Prozent der Befragten richtig. 38 Prozent meinen dagegen, die Teilnehmer sollten weiterhin anonym teilnehmen dürfen.

Ältere Befragte ab 45 Jahren meinen häufiger als jüngere Befragte unter 45 Jahren, dass nur noch Teilnehmer in Diskussionsforen zugelassen werden sollten, die ihren vollen Namen angeben. Überdurchschnittlich häufig denken dies außerdem Befragte mit formal geringer Bildung sowie die Anhänger der FDP.

Dass es den Teilnehmern weiterhin erlaubt sein soll, anonym teilzunehmen, meinen dagegen vergleichsweise häufig Angestellte, Befragte mit einem formal hohen Bildungsabschluss sowie Anhänger der Linkspartei und der AfD.

▪ Meinungen zur Anonymität in Internetforen

Teilnehmer sollten in Diskussionsforen nur noch zugelassen werden, wenn sie ihren vollen Namen angeben

	ja	nein, *) sollten weiterhin anonym teilnehmen dürfen
	%	%
insgesamt	57	38
18- bis 29-Jährige	32	65
30- bis 44-Jährige	45	51
45- bis 59-Jährige	60	35
60 Jahre und älter	75	17
Arbeiter	61	34
Angestellte	45	51
Beamte	53	44
Selbständige	64	36
Hauptschule	69	23
mittlerer Abschluss	62	34
Abitur, Studium	53	43
Anhänger der: CDU/CSU	62	34
SPD	62	35
Grünen	61	38
Linke	45	52
AfD	40	58
FDP	68	32
Internetnutzer:	54	42

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

2. Interesse an und Meinungen zur elektronischen Stimmabgabe

45 Prozent der Befragten könnten es sich grundsätzlich vorstellen, ihre Stimme bei einer Bundestags-, Landtags- oder Kommunalwahl elektronisch über das Internet abzugeben. 2013 konnten sich dies noch 55 Prozent vorstellen.

Dass sie sich eine elektronische Stimmabgabe über das Internet vorstellen könnten, sagen überdurchschnittlich häufig jüngere Befragte, Angestellte, Befragte mit einem formal hohen Bildungsabschluss sowie die Anhänger der SPD und der FDP.

▪ Interesse an elektronischer Stimmabgabe über das Internet

		Es könnten sich grundsätzlich vorstellen, ihre Stimme bei Wahlen elektronisch über das Internet abzugeben
		_____ %
insgesamt:	2013 *)	55
	2014	45
18- bis 29-Jährige		53
30- bis 44-Jährige		51
45- bis 59-Jährige		51
60 Jahre und älter		31
Arbeiter		48
Angestellte		57
Beamte		38
Selbständige		48
Hauptschule		33
mittlerer Abschluss		45
Abitur, Studium		50
Anhänger der:	CDU/CSU	43
	SPD	55
	Linke	46
	Grünen	40
	AfD	53
	FDP	54
Internetnutzer		51

*) Befragung im Auftrag von Bitkom

56 Prozent der Befragten glauben, dass sich deutlich mehr Menschen als bisher an Wahlen beteiligen würden, wenn es die Möglichkeit gäbe, seine Stimme auch über das Internet abzugeben. 38 Prozent hingegen meinen, dass dies auf die Höhe der Wahlbeteiligung keinen nennenswerten Einfluss hätte.

Dass sich die Möglichkeit einer elektronischen Stimmabgabe positiv auf die Wahlbeteiligung auswirken würde, glauben vergleichsweise häufig jüngere Befragte unter 45 Jahren, Befragte mit einem hohen formalen Bildungsabschluss sowie die Anhänger der FDP.

Dass dies auf die Höhe der Wahlbeteiligung keinen nennenswerten Einfluss hätte, meinen dagegen überdurchschnittlich häufig ältere Befragte ab 60 Jahren sowie die Anhänger der Grünen.

▪ Meinungen zum Einfluss einer elektronischen Stimmabgabe auf die Wahlbeteiligung

Wenn es die Möglichkeit gäbe, seine Stimme auch über das Internet abzugeben, würden sich deutlich mehr Menschen an Wahlen beteiligen

	ja	nein, dies hätte keinen nennenswerten Einfluss	*)
	%	%	
insgesamt	56	38	
18- bis 29-Jährige	62	37	
30- bis 44-Jährige	64	33	
45- bis 59-Jährige	58	37	
60 Jahre und älter	46	44	
Hauptschule	49	40	
mittlerer Abschluss	54	42	
Abitur, Studium	60	36	
Anhänger der:			
CDU/CSU	59	37	
SPD	64	32	
Grünen	51	47	
Linke	59	39	
AfD	55	37	
FDP	71	29	
Internetnutzer	59	38	

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

38 Prozent der Befragten glauben, dass es in Deutschland in absehbarer Zeit dazu kommen wird, dass die Bürger ihre Stimme auch über das Internet abgeben können.

57 Prozent der Befragten meinen hingegen, dass es auf absehbare Zeit nicht dazu kommen wird.

Ostdeutsche meinen häufiger als Westdeutsche und Frauen meinen häufiger als Männer, dass es in absehbarer Zeit möglich sein wird, seine Stimme elektronisch über das Internet abzugeben.

Vergleichsweise häufig meinen dies außerdem Personen zwischen 45 und 59 Jahren, Arbeiter, Angestellte, Befragte mit einem formal niedrigen bis mittleren Bildungsabschluss sowie Anhänger der Union, der SPD und der AfD.

Dass es in absehbarer Zeit nicht dazu kommen wird, glauben vergleichsweise häufig Beamte, Selbständige, Befragte mit einem formal hohen Bildungsabschluss sowie die Anhänger der Grünen.

▪ Meinungen zur Realisierung einer Stimmabgabe über das Internet

Es wird in Deutschland in absehbarer Zeit dazu kommen, dass die Bürger ihre Stimme auch über das Internet abgeben können

	ja	nein, es wird in absehbarer Zeit nicht dazu kommen
	%	*) %
insgesamt	38	57
Ost	49	45
West	35	59
Männer	36	59
Frauen	39	54
18- bis 29-Jährige	35	62
30- bis 44-Jährige	39	57
45- bis 59-Jährige	47	50
60 Jahre und älter	30	59
Arbeiter	46	49
Angestellte	44	53
Beamte	23	74
Selbständige	28	69
Hauptschule	42	51
mittlerer Abschluss	40	54
Abitur, Studium	33	62
Anhänger der: CDU/CSU	43	53
SPD	41	54
Grünen	22	75
Linke	39	56
AfD	45	45
FDP	36	61
Internetnutzer	39	57

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“